

Anton Pelinka

Trends in der Politik

♦ Wer die Entwicklungen in Gesellschaft und Politik aufmerksam verfolgt, wird in der Lage sein, in diesen gewisse Trends zu erkennen und Schlüsse daraus zu ziehen. Im vorliegenden Fall analysiert der bekannte Politikwissenschaftler einige Megatrends in der heutigen Zeit und ihre Gegenströmungen, unter denen Globalisierung, Säkularisierung und Demokratisierung einen besonderen Platz einnehmen. Die grundsätzlichen Überlegungen dazu sind mit vielen Hinweisen auf konkrete Ereignisse und Entwicklungen gespickt und ergeben so eine spannende Lektüre. (Redaktion)

Entwicklungen in Gesellschaft und Politik sind – wenn mehr als nur kurzfristig in Erscheinung tretend – das Ergebnis von Veränderungen in der Gesellschaft. Oft können solche Veränderungen aufgrund vorliegender Erfahrungen zu Extrapolationen genutzt werden – zu Angaben über wahrscheinliche Entwicklungen. So war nach 1945 die Annahme möglich, dass mit dem Ende britischer Herrschaft über den südasiatischen Subkontinent eine Ära der Entkolonialisierung einsetzen würde. Das Ende der europäischen Kolonialreiche war Teil eines das 20. Jahrhundert bestimmenden Trends. Und so war es möglich, ausgehend von der politischen Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, ausgedrückt im allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Frauen und Männer, Rückschlüsse über eine weitere Abnahme sozialer Rollenunterschiede zwischen den Geschlechtern zu ziehen.

Solche „Megatrends“ wirken grundsätzlich unabhängig von der aktuellen Politik einer Regierung. Konkrete politische Maßnahmen können diese Entwicklungen beschleunigen oder verlangsamen. Sie

sind aber nicht die Ursache dieser Trends. Vielmehr sind langfristig wirkende gesellschaftliche Entwicklungen die Ursache für konkreten politischen Wandel: etwa für den Aufstieg bestimmter Parteien – z. B. der Arbeiterparteien des späten 19. oder ökologischer („grüner“) Parteien im späten 20. Jahrhundert.

Politische Trends, die länger wirken, sind nicht primär die Folge von Ideen oder Utopien. Sie entstehen aus Widersprüchen, aus den Gegensätzen von Interessen. Aus Gegensätzen und Widersprüchen entstehen Ideen, und daraus wiederum soziale Bewegungen und politische Parteien. Stein Rokkan¹ und Seymour Martin Lipset² haben für diese Zusammenhänge das Konzept der „cleavages“ entwickelt. Aus den Gegensätzen von Interessen und Wertvorstellungen entwickeln sich ebenso langfristig wirkende Tendenzen. Diese haben politische Auswirkungen – losgelöst von den unmittelbaren Aktionen von Regierungen und Parteien.

Freilich: Diese „Megatrends“ provozieren auch Gegentrends; Trends, die sich gegen die Richtung der aus den Wider-

¹ Stein Rokkan, *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, Berlin 2000.

² Seymour Martin Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Baltimore 1981.

sprüchen entstandenen Entwicklungslinien richten; Trends, welche – quasi auf der „Verliererseite“ der gesellschaftlichen Gegensätze stehend – die Konsequenzen der „Megatrends“ aufhalten, relativieren, und auch – zumindest partiell und kurzfristig – umkehren können. Trends, auch „Megatrends“, produzieren nicht linear und einfach vorhersehbare politische Folgen. Sie erlauben Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Veränderungen, deren Auswirkungen auf lange Zeit zu beobachten sind. „Megatrends“ sind auch nicht per se Politik – sie kreieren Politik; und dies insbesondere unter den Rahmenbedingungen eines demokratischen politischen Systems, das Regierende zwingend veranlasst, auf gesellschaftlichen Wandel Rücksicht zu nehmen.

1 Das Konzept der „cleavages“

„Cleavages“ gleichen Erdbebenlinien, die eine Gesellschaft durchziehen. Sie sind nicht politisch „gemacht“ – sie sind das Resultat gesellschaftlicher Gegensätze, die unabhängig von Politik existieren. Wechseln diese Gegensätze aus einer Periode der Latenz in eine der Aktualität, werden sie politisch wirksam: Sie beunruhigen den gesellschaftlichen Status quo und mobilisieren Interessen, die sich organisieren – in Form sozialer Bewegungen, in Form politischer Parteien. Diese artikulieren Interessen entlang der Konfliktlinien – für eine Veränderung oder auch gegen eine Veränderung bestehender Verhältnisse.

„Cleavages“ sind nicht einfach nur im politischen Alltag hervortretende Gegensätze – etwa für oder gegen eine Steuernsenkung, für oder gegen die Einführung der Sommerzeit, für oder gegen den Beitritt zu

einer Freihandelszone. Aber hinter aktuellen Konflikten werden immer – mehr oder weniger deutlich – gegenläufige Interessen deutlich: Jedes Steuersystem ist umstritten, auch und wesentlich entlang der Gegensätze zwischen arm und reich; die Einführung der Sommerzeit trifft urbane gesellschaftliche Schichten anders als ländliche Schichten; und der Ausbau des Freihandels nützt Konsumentinnen und Konsumenten – und wirkt sich auf die exportorientierte Wirtschaft anders aus als auf jene, die für einen tendenziell abgeschotteten Markt produzieren.

Hinter den unterschiedlichen, mit Interessen verknüpften Positionen werden die traditionellen Gegensätze von Wohlstand, Klasse, Nation, Religion, Region, Geschlecht und Generation deutlich. Und die Übergänge von einer in eine andere, immer sowohl ideen- wie auch interessensbesetzte Position werden durch den Faktor Bildung beeinflusst: Ein Mehr an Bildung erlaubt es eher die Schranken geschlossener Milieus zu überspringen. Bildung schafft gesellschaftliche Mobilität – und begründet für sich selbst eine spezifische Konfliktlinie: Dies wird gerade in der Auseinandersetzung mit den Implikationen der Globalisierung generell und der Europäisierung speziell deutlich. Bildung erlaubt es Menschen, diese Implikationen eher als Chance und weniger als Bedrohung zu sehen.

„Cleavages“ erklären das Auf und Ab in einem Parteiensystem: Menschen einer bestimmten Berufsgruppe (oder „Klasse“) neigen überproportional zu einem bestimmten Wahlverhalten. Dieses ist auch von den Bestimmungsfaktoren Generation und Geschlecht geprägt: Frauen wählen insgesamt anders als Männer – und Jungs anders als Alte.

Ronald Inglehart³ hat – mit einem internationalen Team von Forscherinnen und Forschern – den Begriff des „Postmaterialismus“ entwickelt und durch weltumspannende Daten empirisch untermauert. Damit wurde eine Entwicklung aufgezeigt, die traditionelle „cleavages“ ergänzt, indem sie eine zu diesen scheinbar quer liegende Gegensätzlichkeit aufzeigt. Diese am Ende des 20. und am Beginn des 21. Jahrhunderts beobachtete Entwicklung zwingt – in den wohlhabenden Regionen der Welt (vor allem in Nordamerika und Westeuropa, aber auch in Ostasien und in Ozeanien) – zur Abkehr von der Vorstellung, dass der materielle Wohlstand in einer tendenziell linearen Form die politischen Trends bestimmt.

Nach Inglehart führen Wohlstand und die damit verbundene soziale Sicherheit eines wachsenden Teils in den (relativ reichen) Gesellschaften zu einer Zurückstufung der materiellen und einer Vorreihung „postmaterieller“ Interessen. Einer Bedürfnispyramide entsprechend sind diejenigen, die sich in persönlicher materieller Sicherheit wähnen, offener für andere politische Ziele. Zu diesen zählen insbesondere der Schutz der Umwelt (Ökologie) und die Bereitschaft zum solidarischen Denken, ausgedrückt in einer Betonung der Universalität der Menschenrechte.

Diese Entwicklung führt auch dazu, dass die traditionelle Links-Rechts-Teilung der politischen Präferenzen und innerhalb der etablierten Parteiensysteme partiell obsolet geworden ist. Postmaterialistisch Orientierte verbindet zum Beispiel mit traditionellen (rechten) Wirtschaftsliberalen ein Anti-Etatismus – und gleichzeitig verbindet ein durch die Betonung universeller

Menschenrechte ausgedrückter Internationalismus den Post-Materialismus mit der traditionellen Linken.

Durch diese Überlagerungen erklärt sich auch, dass in den wohlhabenden Gesellschaften die klassische Klientel von Linksparteien – das „Proletariat“, die Arbeiterschaft – wegen der durch die unmittelbaren materiellen Interessen gegebene Gegnerschaft zu einer offenen Zuwanderungspolitik zunehmend „rechts“ wählt (in Frankreich etwa Front National), während traditionelle Linksparteien (etwa der französische PS) ebenfalls zunehmend von Personen mit nicht-proletarischem („bürgerlichem“) Hintergrund gewählt werden.

Die von Inglehart diagnostizierten Veränderungen können nicht mehr primär und eigentlich überhaupt nicht in einem nationalen Kontext erklärt werden. Diese Veränderungen weisen auf einen globalen Zusammenhang.

2 Megatrend Globalisierung

Globalisierung ist kein neues Phänomen. Aber im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung – der rasanten Beschleunigung der Information und des Transports – hat die Globalisierung (definiert als die Relativierung geografischer und politischer Grenzen) an Rasanz zugenommen. Die Folgen sind kultureller, ökonomischer und politischer Art.

Die Globalisierung entzieht der traditionellen Staatlichkeit mehr und mehr die Fähigkeit, politisch zu gestalten. Globalisierung bedeutet die Relativierung und – mit letzter Konsequenz – die Aufhebung von Grenzen. Die kulturelle Globalisierung

³ Ronald Inglehart, Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies, Princeton 1997.

bedeutet, dass kulturelle Verhaltensmuster immer weniger „national“ entstehen; dass Kultur immer mehr generationen- oder bildungsspezifisch ist und nicht mehr primär von einer territorial abgegrenzten oder auch nur abgrenzbaren Region bestimmt wird. Die ökonomische Globalisierung bedeutet, dass Kapital jenseits nationaler Benennbarkeit ebenso in Schanghai wie in São Paulo, in Los Angeles wie in Moskau eingesetzt wird – immer weniger gesteuert von einer Politik, die noch immer weitgehend auf staatlichen Strukturen baut.

Die Globalisierung zerstört zunehmend die reale Basis einer (national)staatlichen Betrachtung von Politik und der traditionellen Vorstellungen staatlicher Souveränität. Politische Entscheidungen einer – irgendeiner – Regierung erweisen sich immer häufiger als wenig aussichtsreiche Versuche, korrigierend in eine sich selbst steuernde Logik einzugreifen. Der Abschied von den staatlich diktierten Sozialismen, die sich im Gefüge der russischen Revolution und des Sieges der UdSSR in Osteuropa im 20. Jahrhundert etabliert hatten, spricht hier eine deutliche Sprache – ebenso wie die Öffnung der Volksrepublik China, in ihrer nach-maoistischen Periode, zum Weltmarkt.

Die ökonomische Globalisierung kennt Gewinner und Verlierer. Die „Schwellenländer“ (allen voran China und Indien) sind noch Ende des 20. Jahrhunderts in eine langfristige Phase starken wirtschaftlichen Wachstums eingetreten. Die Folge ist das Entstehen eines – wirtschaftlich definierten – Mittelstandes. Aktuell ist ein Zurückgehen der Armut in Süd- und Ostasien, in Lateinamerika und ansatzweise auch in Afrika insgesamt zu beobachten; unabhängig davon, dass mit diesem Wachstumsprozess die sozioökonomische Ungleichheit zunimmt. In den Wohlstandsre-

gionen (West-)Europas und Nordamerikas stagniert hingegen tendenziell das Wachstum, die Schere zwischen arm und reich tut sich weiter auf.

Die kulturelle Globalisierung hingegen kennt im engeren Sinn keine Verlierer: Der Analphabetismus geht generell zurück, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Teilen der Welt steigt kontinuierlich, der Anteil der von der universellen Kommunikation a priori Ausgeschlossenen geht ständig zurück.

Diese Entwicklung bildet den Hintergrund der Wanderungsbewegung, die – zusätzlich zu den Folgen von Kriegen (wie z. B. Syrien) und politischer Repression (wie z. B. Eritrea) – in einer immer größer werdenden Zahl von Menschen das Interesse weckt, aus den nach wie vor wirtschaftlich ärmeren in die reichereren Regionen zu wandern. Immer mehr Menschen z. B. in Afrika haben Zugang zur Information über die möglichen Routen der weltweiten Wanderung, immer mehr sind auch in der Lage, die Mittel für die ersten Schritte einer Migration aufzubringen. Die weltweite Wanderungsbewegung ist ein wesentlicher Bestandteil der Globalisierung – auch der damit verbundenen Relativierung von Armut.

Diese mit der Globalisierung und insbesondere mit deren ökonomischen Dimension verbundene Wanderungsbewegung hat einen Gegentrend provoziert. In Nordamerika und in Europa mobilisierten Bewegungen und Parteien gegen die Zuwanderung – mag diese als Flucht vor Krieg oder Verfolgung oder auch als wirtschaftlich motivierte Migration einzustufen sein. Dieser politische Gegentrend will Grenzen im buchstäblichen und im übertragenen Sinn stärken bzw. aufbauen. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union, deren Integrationsdynamik die Re-

lativierung staatlicher Grenzen innerhalb der Union einschließt, werden die bereits erreichten Erfolge (die Freiheiten des Binnenmarktes, die Freiheiten des Schengen-Vertrages) wieder in Frage gestellt.

Dieser Gegentrend gegen den Megatrend Globalisierung hat zu einer Renaissance einer nationalistischen Politik geführt. Diese richtet sich nicht primär – wie der Nationalismus des 19. oder auch der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – gegen Nachbarstaaten. Der Nationalismus des 21. Jahrhunderts ist gegen die Implikationen der Globalisierung gerichtet. Dieser Nationalismus baut nicht auf den Ressentiments zwischen – zum Beispiel – Deutschen und Franzosen oder zwischen Rumänen und Bulgaren auf. Er hat, als Anti-globalisierungs-Phänomen, paradoxe Weise eine globale Dimension: Es geht z. B. um die (oft mit kulturell-religiösen Begründungen versehene) Ablehnung von Afrika oder der islamischen Welt.

Hinter dieser Spannung zwischen dem Megatrend Globalisierung und dem Gegentrend wird in den Gesellschaften der Wohlstandszonen Europas und Nordamerikas der Gegensatz zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung deutlich; zwischen denen, die (auch auf der Grundlage ihrer Ausbildung und der damit verbundenen Prosperität) sich in Paris und New York zuhause fühlen können; deren „Heimat“ im engeren, traditionellen Sinn nicht an einen einzigen bestimmten Ort gebunden ist; und denen, die eine starke Bindung an eine Region haben und sich dort (und nur dort) zuhause fühlen.

Dieser Gegentrend wird von einem von Abstiegsängsten getriebenen Klein-

bürgertum neuer Art getragen. Es sind die Teile der US-amerikanischen Gesellschaft, die 2016 Donald Trump ins Weiße Haus gebracht haben; es ist die große Zahl von Wählerinnen und Wählern, die in Frankreich Front National (FN) wählen – und die wachsende Zahl derer, die in Deutschland für Alternative für Deutschland (AfD) stimmen.

3 Megatrend Säkularisierung⁴

In den fortgeschrittenen Gesellschaften der Gegenwart – gemessen am Wohlstand und anderen Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklung – ist der Einfluss religiöser Überzeugungen auf Gesellschaft und Politik rückläufig. Unbeschadet bestimmter – eher als kurzfristig einzustufender – Gegentrends ist der Faktor Religion insgesamt politisch weniger mobilisierend als (zum Beispiel) im europäischen Mittelalter mit den Kreuzzügen oder als am Beginn der europäischen Neuzeit in Form der gewaltsamen, religiös motivierten Auseinandersetzungen des „Dreißigjährigen Krieges“. Der Faktor Religion war für diese Explosionen von Gewalt zwar sicherlich nicht der einzige Bestimmungsfaktor, sehr wohl aber ein prominenter neben anderen.

Gerade auch das österreichische Beispiel des frühen 20. Jahrhunderts – die Existenz eines „Politischen Katholizismus“ und eine 1934 autoritär ausgerufene Verfassung „Im Namen Gottes, des Allmächtigen“ – zeigt die historische Wandelbarkeit im Beziehungsgefüge zwischen Kirche(n) und Staat, zwischen Religion und Politik. Nach 1945 gibt es keine politisch wirksamen Versuche, die dem Grundsatz säkula-

⁴ Ian Buruma, *Taming the Gods. Religion and Democracy on three Continents*, Princeton 2010, 85–125

rer Demokratie verpflichtete Republik Österreich nach dem Muster von 1934 in einen „im Namen Gottes, des Allmächtigen“ ausgerufenen Staat zu verwandeln.

In vielen – keineswegs allen – Regionen der Welt nimmt die politische Bestimmungskraft von Religion tendenziell ab. Vor allem in Europa und Nordamerika ist Religion weitgehend ein zu respektierender Teil individueller Privatsphäre geworden. Die Grenzen zwischen den privaten und den öffentlichen (und damit politischen) Sektoren sind freilich keineswegs immer eindeutig zu ziehen – wie etwa die Konflikte über das Gebet in den Schulen der USA zeigen. Aber insgesamt besteht in diesen Regionen des (relativen) Wohlstandes eine Art Grundkonsens über die Trennung von Religion und Politik.

Gegen diesen Grundkonsens wendet sich ein Trend, der dem Megatrend entgegenläuft: der religiöse Fundamentalismus. Dieser geht davon aus, dass die religiöse Triebkraft nicht einfach aus der Politik verschwinden kann und auch nicht verschwinden soll. In Europa (und mehr noch in den USA) zeigt sich das in Auseinandersetzungen um Tendenzen im freikirchlichen Protestantismus, die an den Grundsätzen der Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre rütteln.

Der politische Islam (der als radikaler Islamismus nicht mit dem Islam insgesamt gleichgesetzt werden kann, aber offenkundig eine relevante Strömung ist) geht von der direkten Umsetzbarkeit religiöser Positionen in politisches Handeln aus. Damit stellt sich dieser Islamismus dem Megatrend Säkularisierung entgegen – und provoziert auch einen Gegentrend in Europa.

In diesem Gegentrend vermischt sich das gegen die ökonomische und kulturelle Globalisierung gerichtete Ressentiment mit einer Renaissance des Religiösen als

politische Identitätsstiftung. Islamophobie, mit dem jüdenfeindlichen Antisemitismus vergleichbar (aber nicht gleichzusetzen), wird zu einem Überbau, der sich gegen den Islam an sich wendet. Der Konflikt zwischen Islamismus und Antiislamismus ist insgesamt ein Widerspruch zum Megatrend Säkularisierung.

Der Megatrend Säkularisierung ist eng mit den Grundwerten der Aufklärung und des Rationalismus verbunden: mit dem Widerspruch gegen den Anspruch des „Credo quia absurdum“; mit der Skepsis gegenüber der sich absolut gebenden Gewissheit, auch in Fragen der Gestaltung der Gesellschaft. Gestützt wurde die Säkularisierung durch die Historisierung, durch die Wahrnehmung des zumindest partiellen Reflexcharakters religiöser Aussagen – die eben auch Reflexe bestimmter historischer Situationen waren: vom Gottesgnadentum als Legitimation von Herrschaftsinteressen bis zur Missionierung als partieller Rechtfertigung des Kolonialismus. Die Gegentrends, verkörpert vom Islamismus wie auch von der Islamophobie, richteten sich gegen die Historisierung – gegen die in der Geschichte wahrnehmbare Erfahrung des Lernens aus eben dieser Geschichte.

4 Megatrend Demokratisierung

Die Erfolge des Megatrends Demokratisierung äußern sich vor allem darin, dass dem Grundsatz der Demokratie formell nicht widersprochen wird. Mit wenigen Ausnahmen beanspruchen alle politischen Systeme, Demokratie zu sein. Die Situation war bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts völlig anders: Vor 1945 erhob keineswegs eine Mehrheit der Staaten diesen Anspruch. Die Demokratie setzte sich erst

nach 1945 und nach 1989 durch, als geopolitische Großereignisse das Ende der offen deklarierten Alternativen zur Demokratie mit sich brachten.

Der Megatrend Demokratisierung stößt an seine Grenzen, wenn die Demokratie sich nicht aus der Enge territorial begrenzter Nationalstaatlichkeit zu befreien vermag. Der Megatrend Globalisierung macht die Grenzen der Staatlichkeit durchlässig – ökonomisch und kulturell. Aber die daraus ableitbare politische Durchlässigkeit findet nur ansatzweise statt – etwa innerhalb der Europäischen Union, die ein Laboratorium einer transnationalen und supranationalen politischen Ordnung ist.

Diese und andere denkmögliche Versuche, die Durchlässigkeit ökonomischer und kultureller Grenzen durch eine eben solche Durchlässigkeit politischer Grenzen zu ergänzen, provozieren Widerstand – in Form eines (neo-)nationalistischen Gegen-trends. Der mit einer demokratischen Ordnung verbundene Grundsatz einer Solidarität, die alle von politischer Herrschaft betroffenen Menschen zu Bürgerinnen und Bürgern macht, reibt sich an dem Widerstand gegen Zuwanderung; ein Widerstand, der in unterschiedlicher Intensität weltweit beobachtet werden kann. Wie die Analysen von Keith Banting, Will Kymlicka⁵ und anderen belegen, ist die Bereitschaft zur Solidarität immer begrenzt. Menschen, die als „anders“, als „fremd“ empfunden werden – wegen ihrer Herkunft, ihres religiösen Be-kennnis-ses, ihrer Hautfarbe oder aus ande-rem Gründen – werden aus der Solidarge-meinschaft ausgegrenzt oder nur zögerlich in diese aufgenommen.

Es ist dieser Gegentrend, der sich – unter Nutzung populistischer Techniken –

einer Umsetzung des Megatrends Glo-balisierung in den Megatrend Demokratisierung entgegenstellt. Dieser sich auf die (nationalstaatlich begrenzte) Demo-kratie berufende Widerstand führt dazu, dass gerade in den prosperierenden Ge-sellschaften die Zahl der Menschen rasch wächst, die zwar unter einer politischen Herrschaft leben, die aber keinerlei Anteil an der Ausgestaltung dieser Herrschaft haben – mangels der Rechte, die nur den Bürgerinnen und Bürgern eines staatlich organisierten gesellschaftlichen Verbandes eigen sind. Legale („Gastarbeiter“) und illegale Migration sowie Flucht vor politischer Verfolgung und vor Krieg führen dazu, dass Menschen – den „He-ten“ der attischen Polis gleich – einer politischen Ordnung unterworfen sind, ohne aber – wie es dem Grundsatz der Demo-kratie entsprechen würde – an der Ausge-staltung dieser Ordnung sich beteiligen zu können.

Wenn der Begriff Demokratie nicht zur Leerformel werden soll, der sich be-liebig für verschiedene politische Systeme als Propagandainstrument einsetzen lässt, dann muss Demokratie sowohl prozes-sual-formal als auch inhaltlich-materiell verstanden werden: Demokratie ist immer auch Wettbewerb um die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler, Demokratie ist ohne ein kompetitives Mehrparteiensystem nicht vorstellbar. Aber Demokratie ist auch durch den gleichen Zugang zu diesem Wettbewerb definiert. Von diesem darf niemand grundsätzlich aus Gründen der Herkunft, der Religion, des Geschlechtes oder der politischen Präferenzen ausge-schlossen werden – solange er/sie diesen freien Zugang auch anderen zugesteht.

⁵ Keith Banting/ Will Kymlicka (Hg.), *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*, Oxford 2017.

Dieses der Demokratie immanente Diskriminierungsverbot kommt im allmählichen Abbau der Geschlechterdifferenz im politischen Prozess speziell und in der Gesellschaft generell zum Ausdruck. Das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer signalisiert eine Zwischenetappe auf dem Weg zur – zunächst – Relativierung der Geschlechterdifferenzen, mit dem ableitbaren Ziel des Endes der politischen Differenzen. Die Feminisierung der Gesellschaft – verstanden als die wachsende Angleichung der Geschlechterrollen in Gesellschaft und Politik – ist Teil der Demokratisierung.

Eben deshalb sind die religiösen Gemeinschaften, die auf einer prinzipiellen Rollendifferenzierung beharren, in einer Falle: Sie können sich entweder einem (mit hoher Wahrscheinlichkeit aussichtslosen) Gegentrend zur Verfügung stellen; oder sie riskieren, im Sinne des Diktums von Michael Gorbatschow, für ihr Zu-spät-Kommen von der Geschichte bestraft zu werden.

Weiterführende Literatur:

Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 2006.

Ian Buruma, Taming the Gods. Religion and Democracy on Three Continents, Princeton 2010.

Cas Mudde (Hg.), *The Populist Radical Right. A Reader*, London 2017.

Jan-Werner Müller, Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe, New Haven 2011.

Ruth Wodak / Majid KhosraviNik / Brigitte Mral (Hg.), *Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*, London 2013.

5 Homo Deus?

Politische Trends werden von technologischen Trends beeinflusst. Die durch technische Entwicklungen ermöglichte Relativierung territorialer Distanzen – durch Eisenbahn, Autos, Flugzeuge – war und ist ein die Politik ebenso beeinflussendes Rahmendatum wie die Sprengung der traditionellen Grenzen der Kommunikation durch Telegraph, Radio, Internet. Diese Entwicklungen bestimmen den Megatrend Globalisierung. Und solange diese Entwicklungen grundsätzlich allen Menschen zugänglich gemacht werden, sind sie auch ein der Globalisierung immanenter Gleichmacher.

Yuval Noah Harari⁶ hat auf einen technologischen Trend verwiesen, dessen politische Auswirkungen sich erst in vagen Umrissen diskutieren lassen: Entwicklungen der medizinischen Technologie, die eine Verlängerung individuellen menschlichen Lebens mit einem noch gar nicht abschätzbaren Zeithorizont ermöglichen. Harari argumentiert – glaubhaft gestützt auf bisherige Erfahrungen –, dass diese Möglichkeiten, sobald ausgereift, auch individuell ergriffen werden. Dafür wird aber ein derart extrem hoher Preis zu zahlen sein, dass nur sehr wenige Menschen sich den Zugang zu einer solchen Technologie werden leisten können. Das wiederum wird ein neues Feld von explosiven Verteilungskonflikten auslösen, auf die uns bekannte politische Systeme nicht vorbereitet sind.

Diese wohl schon im 21. Jahrhundert sich politisch auswirkenden Aspekte einer neuen Form des „Social Engineering“ erinnern an die Versuche, die im 20. Jahrhundert gemacht wurden, einen „neuen Menschen“ zu kreieren: in einer a priori den

⁶ Yuval Noah Harari, *Homo Deus. A Brief History of Tomorrow*, London 2016.

prinzipiellen Vorstellungen menschlicher Gemeinschaft widersprechenden Form einer „Rassenherrschaft“, wie sie im Nationalsozialismus geplant und auch ansatzweise umgesetzt wurde; und in den sich auf humanistische Grundwerte berufenden, in den realen Implikationen diesen aber vollkommen widersprechenden Versuchen einer „Klassenherrschaft“ – im sowjetischen Herrschaftsbereich Europas, noch deutlicher aber in bestimmten Phasen kommunistischer Herrschaft in China und in Kambodscha.

Die Vorstellungen eines „neuen Menschen“ haben zu den schrecklichen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts geführt. Das muss skeptisch machen – gegenüber den Wünschen, dass angesichts des nüchternen Pragmatismus des politischen Alltags endlich wieder neue politische Utopien entstehen sollten. Es sind die Utopien von Perfektion, die real gefährlich sind; und nicht der politische Alltag, dessen Fehlerhaftigkeit herausfordert, aber auch schrittweise politisch korrigierbar ist – und zwar gerade dann, wenn nicht die Fantasie der politischen Perfektion die notwendige Kritik beflügelt.

Die Erfahrungen mit den Utopien einer perfekten Endgesellschaft sind Grund für eine große Vorsicht. Die Vorstellung einer tendenziellen Unendlichkeit menschlichen Lebens ist eine politisch beängstigende Perspektive. Sobald sich deren reale Umsetzbarkeit abzeichnet, werden Regelungen versucht werden müssen, werden wohl aber auch alle Regelungen des Zuganges zur Gestaltung eines nun nicht mehr durch politische, sondern durch medizin-technologische Instrumente erschaffbaren „neuen Menschen“ zu kurz greifen. Es öffnet sich hier ein Gefährdungspotenzial

für jedes soziale Gefüge, das dem Gefährdungspotenzial der Atomenergie durchaus ähnlich ist: ein Öffnen einer Büchse der Pandora.

Die Machbarkeit einer solchen Entwicklung erfordert politische Antworten, die aus einer sich schärfenden politischen Ethik kommen müssen: Wo sind die Grenzen des Social, des Human Engineering? Wie kann verhindert werden, dass aus einer technisch sich abzeichnenden Möglichkeit eine Realität wird, die sich nicht mehr steuern lässt? Kann es einen Trend geben, der die reale Umsetzbarkeit eines „Homo Deus“ verhindert – einen Trend, der (wie die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandene Ökologiebewegung) Hürden formuliert, die nicht überschritten werden dürfen; einen Trend, der auch für die Implementierung solcher Hürden sorgt?

Am Ende des „Kalten Krieges“ hat Francis Fukuyama⁷ den Begriff des „Endes der Geschichte“ geprägt. Fukuyama ist oft missverstanden worden, weil dieser Begriff zu Vereinfachungen einlädt. Ein Ende der Geschichte ist mit dem Ende der Konfrontation von zwei gegeneinander hoch gerüsteten Systeme natürlich nicht erreicht. Erreicht ist, und das war die Essenz von Fukuyamas Argumentation, dass sich bestimmte Megatrends *de facto* schon durchgesetzt haben – ohne dass die Möglichkeit von Gegentrends ausgeschlossen werden kann.

Was Fukuyamas Analyse des ausgehenden 20. Jahrhunderts natürlich nicht vorhersehen konnte, das ist die Öffnung der Tore menschlicher Geschichte in eine neue Dimension hinein. Diese wird offenkundig nicht von der möglichen, aber zu infantilen Darstellungen verkommenen

⁷ Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

Konfrontation mit irgendwelchen außerdimensionalen Mächten bestimmt werden. Sie kommt aus der menschlichen Gesellschaft selbst; aus den Widersprüchen zwischen den durch die technisch-wissenschaftliche Zivilisation freigesetzten Potenzialen und den Schwierigkeiten, diese politisch zu steuern.

Im 21. Jahrhundert sind bestimmte Entwicklungslinien nicht nur zu Ende gedacht, die ihnen entsprechenden Megatrends haben sich weitgehend durchgesetzt. Dass die Regierten über das sie regierende System zu entscheiden haben, das ist prinzipiell unbestritten – auch wenn dieser Megatrend sich (noch?) keineswegs überall in der politischen Wirklichkeit durchgesetzt hat. Dass die Ansprüche der Menschen auf Lebensqualität nicht prinzipiell unterschieden werden dürfen nach Herkunft oder Geschlecht, auch dem wird nicht grundsätzlich widersprochen – auch wenn die Implementierung dieses Megatrends nach wie vor auf Widerstand stößt.

Doch das Ergebnis dieser über Jahrhunderte nachvollziehbaren Entwicklung ist im 21. Jahrhundert nicht eine sich auch nur abzeichnende perfekte Harmo-

nie. Neue Widersprüche entstehen, neue Verteilungsprobleme provozieren neue politische Konflikte, auf die neue Antworten gesucht werden. Auch wenn – und das ist wohl eindeutig festzustellen – die politische Geschichte nicht eine zufällige Geschichte ist, sondern von bestimmten langfristigen, aus den gesellschaftlichen Gegen-sätzen ableitbaren Trends bestimmt wird: Politik ist dennoch offen. Für sie können, in Form der Extrapolation aus den Erfahrungen der Geschichte, bestimmte Aussagen über die Wahrscheinlichkeit der Zukunft gemacht werden. Trends lassen sich ableiten. Aber diese sind kein Design für eine vorhersehbare Zukunft.

Der Autor: Anton Pelinka, 1975 bis 2006 o. Univ.-Prof. für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, 2006 bis 2018 Prof. of Nationalism Studies and Political Science, Central European University Budapest; letzte Publikationen: *Israel. Ausnahme- oder Normalstaat*, Wien 2015; *Die Unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa*, Wien 2015; *Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich, 1918–1938*, Wien 2017.